

SPD-Fraktion nimmt „Kursbestimmung“ vor

Massive Auswirkungen auf den Schulbereich

Tiefgreifende Veränderungen würden den niedersächsischen Schulen ins Haus stehen, sollte die gegenwärtige SPD-Opposition wieder im Lande das Sagen haben. In einem „Kursbestimmung“ titulierten Papier hat die SPD-Landtagsfraktion auf einer Klausurtagung vom 15. bis 16. November in Göttingen ihre Strategie und ihre Ziele für den Zeitraum von 2005 bis 2008 formuliert. Als Diskussionsvorschlag für diese Fraktionsklausur machte ein Strategiepapier, das mit dem Namen Sigmar Gabriel verknüpft war, schon im Vorfeld Furore: Im Fokus der Berichterstattung wie der Kritik standen dabei allerdings Einschnitte beim Personalvertretungsgesetz, die dieses Papier noch intendiert hatte.

Für die alltägliche Arbeit der Lehrerinnen und Lehrern in den niedersächsischen Schulen wäre eine Realisierung der schulpolitischen Postulate, wie sie jetzt in der sozialdemokratischen Positionsbestimmung skizziert sind, von gravierender Bedeutung.

Die Grundlagen der künftigen SPD-Politik für die Schulen sehen so aus:

- Die Finanzierung des künftigen Bedarfs an Einstellungen in den Schuldienst dürfe nicht mehr „auf Pump“ erfolgen. Die SPD-Landtagsfraktion hat dazu allerdings noch keine endgültigen Festlegungen getroffen, sondern will eine Arbeitsgruppe einrichten, die Finanzierungsmöglichkeiten prüfen soll. Einbezogen werden in die Prüfung sollen ausdrücklich Anrechnungstunden für besondere Belastungen, Altersermäßigung und die Altersteilzeit. Hieß es noch im Gabriel-Papier, es sei das Ziel, davon 20 Prozent für „die Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu gewinnen“; auf gut Deutsch also: zu streichen, ist von konkreten Zahlen jetzt nicht mehr die Rede.
- Die Weiterentwicklung der allgemeinbildenden Schulen zu „selbstständigen Schulen“ zu forcieren, ist ein weiterer wichtiger Programmpunkt der SPD. Die Bewirtschaftung der Mittel für Lehrkräfte soll da-



Foto: Richard Laenstein

Gewerkschaften warnen SPD vor einem Großkonflikt. Bei einer Pressekonferenz bezeichneten die Vorsitzenden von DGB, GdP, ver.di und GEW das Strategiepapier der SPD als Provokation. Auf unserem Foto (v.lks.) Hartmut Tölle, Bernhard Witthaut (GdP), Ulf Birch und Wolfgang Denia (ver.di) und Eberhard Brandt (GEW).

bei den einzelnen Schulen übertragen werden. In diesem Rahmen soll auch die Entscheidung über die – wie es heißt – „unterschiedlichen Belastungen der Lehrkräfte für unterschiedliche Schulen und Fächer“ – also die Entscheidung über die Arbeitszeit – an die einzelnen Schulen delegiert werden. Dass eine solche – wie es im Fachjargon heißt – „Faktorisierung“ der Arbeitszeit an irgendeiner Stelle zu einem Abbau schon jetzt übermäßiger Belastungen führt, darf dabei nicht erwartet werden. Ferner sind „veränderte Präsenzzeiten“ für Lehrkräfte an Ganztagschulen vorgesehen.

- Eine Einstellung im Beamtenverhältnis soll – geht es nach der SPD-Fraktion – künftig nur noch in der Justiz, im Justizvollzugsdienst, bei der Polizei und in Teilen der Finanzverwaltung erfolgen. Neues Personal in anderen Bereichen des Landesdienstes, also auch in den Schulen, soll künftig in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen eingestellt werden.
- Der Umfang der Personalkosten müsse konstant bleiben. „Mehrkosten im Personalbereich dürfen nicht entstehen“, heißt es nachdrücklich. Deshalb soll nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion bei gleich bleibendem Personalkostenbudget

die „Anzahl der Vollzeiteinheiten“ im Dienst des Landes gekürzt werden, um die Mehraufwendungen auszugleichen, die für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Angestelltenverhältnis gegenüber dem Beamtenstatus zunächst entstehen. Für 2005 würde dies bedeuten, dass es keinen vollen Personalausgleich für die 2500 Beamtinnen und Beamten, die dann aus den Schulen in Pension gehen werden, geben könnte.

- Bei der Förderung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen sieht die „Kursbestimmung“ eine Konzentration auf besonders zu fördernde Bildungsinhalte vor. Genannt werden dabei zweiter Bildungsweg, politische Bildung und Integrationskurse zur Sprachförderung.

DGB-Landeschef Tölle erklärte zu der neuen SPD-Strategie, mit der die Partei ihre Rolle im Landtag schärfen will: „Wir warnen vor einem radikalen Kurswechsel, vor allem vor Einsparplänen im Bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Bereich.“ Wolfgang Denia, Ver.di, kritisierte, die SPD wolle die Landesfinanzen konsequenter und härter konsolidieren als die Landesregierung und provoziere damit weitere Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften.

Eine Einschränkung der Personalvertretungsrechte sieht der Fraktionsbeschluss nicht vor. Im ursprünglichen Strategiepapier hatte gerade dieser Part für besonderes Aufsehen und tiefe Empörung insbesondere bei Gewerkschaften und den Beschäftigtenvertretungen gesorgt. Er war – zu Recht – verstanden worden als Frontalangriff auf das Personalvertretungsgesetz. „Zuständigkeiten, Mitbestimmungsrechte und Freistellungen“ – so der Text wörtlich – sollten zum Ausgleich eines veränderten Personalbudgets bei Einstellung von Angestellten statt Beamten „überprüft“, also zur Kappung freigegeben werden.

Angriff auf das Personalvertretungsrecht abgewehrt

Nach der Klausurtagung der Fraktion war das Thema allerdings vom Tisch. Klar und eindeutig heißt es in einem Beschluss: „Eine Änderung der materiellen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte im Personalvertretungsrecht ist nicht erforderlich und wird von der SPD-Landtagsfraktion politisch nicht gewollt.“ Es gäbe auch keine ausreichenden Anhaltspunkte für die Behauptung, das niedersächsische Personalvertretungsrecht hätte eine höhere Zahl von Freistellungen zur Folge als das Betriebsverfassungsgesetz.

Dieser Klarstellung waren heftige Kontroversen vorausgegangen. Klar, dass neben FDP-Wirtschaftsminister Hirche auch der CDU-Finanzminister die Steilvorlage Gabriels unverzüglich aufgenommen hatte. Möllring erfreut dazu in der Neuen Presse: „Gabriels Idee ist ein gutes Signal, dem folge ich gern.“

Eine außerordentliche Delegiertenkonferenz der GEW, die zusammengekommen war, um Personalratslisten aufzustellen, formulierte unmittelbar nach Bekanntwerden der SPD-Vorlage ihren Protest: Die SPD-Fraktion solle auf einen Kurs festgelegt werden, der die Rechte der Personalvertretungen deutlich beschneidet und mehr Personalabbau im öffentlichen Dienst sowie größere Belastungen für die Beschäftigten bedeute, als von der amtierenden Landesregierung vorgesehen war. Wolle die SPD einen Großkonflikt mit den Gewerkschaften vermeiden, müsse sie Gabriels Politik unverzüglich Einhalt gebieten.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des DGB wies ver.di-Bezirksleiter Wolfgang Denia darauf hin, Gabriels Pläne seien ein „umfassender Angriff auf die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst“. GEW-Landesvorsitzender Eberhard Brandt verwies zudem darauf, Gabriel habe bei seiner Kritik am Personalvertretungsgesetz mit falschen Zahlen gearbeitet.

Mit falschen Zahlen gearbeitet

Die gewerkschaftlichen Proteste waren noch nicht abgeebbt, da ruderte der SPD-Fraktionschef erst einmal zurück. In einem Brief an seine „lieben Genossinnen und Genossen“ ließ er wissen, eigentlich wollte man nur prüfen, ob der Rechnungshof Recht habe, wenn er behaupte, 1.000 Stellen im Landesdienst könnten bei verkürzten Freistellungen gespart werden. Das sollte eine Arbeitsgruppe prüfen. Auch wolle die SPD-Landtagsfrak-

Fachgruppe Senioren: Gabriel-Plan verhindern

Die Fachgruppe Senioren und Seniorinnen des Bezirksverbandes Hannover der GEW wandte sich auf ihrer Tagung am 1. November 2004 energisch gegen die Bestrebungen von SPD und CDU/FDP-Landesregierung, die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst und das Personalvertretungsgesetz zu kappen. Sie unterstützt einstimmig den GEW-Landesvorstand, die Entdemokratisierungspläne Sigmar Gabriels zu verhindern.

tion – so wörtlich – „am Kern“ der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsregelungen nichts ändern.

Nachdem DGB-Landeschef Hartmut Tölle den sozialdemokratischen Abgeordneten in einem nachdrücklichen Schreiben ins Stammbuch geschrieben hatte, es sei der Eindruck entstanden, die SPD-Opposition nehme in Kauf, bei der Durchsetzung ihrer Vorstellungen mit den Gewerkschaften stärker in Konflikt zu kommen als die Regierungsparteien, zogen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Bremse: Von niemandem in der Fraktion sei die Forderung nach einer Einschränkung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst des Landes erhoben worden, so die Fraktionsspitze in ihrer Antwort an Tölle.

EIN KOMMENTAR VON HANS LEHNERT
GESCHÄFTSFÜHRER DER
GEW NIEDERSACHSEN



Sigmar Gabriel hat als SPD-Ministerpräsident die Landtagswahl 2003 zwar höchst blamabel verloren. Dennoch war er flugs zum Fraktionsvorsitzenden der arg geschumpften sozial-

demokratischen Abgeordnetentruppe im Landtag gewählt worden. Danach war erst mal wenig von ihm zu hören.

Jetzt hat er wieder auf sich aufmerksam gemacht. Eine „radikale Neuorientierung“ der Partei, Umsteuerung bei den Personalkosten, noch mehr Einsparungen als CDU und FDP vorhaben, müssten her. So ließ er es in einem von ihm maßgeblich zu verantwortenden „Diskussionsvorschlag“ seine Landtagsfraktion wissen.

Angriff auf einen Grundpfeiler des Sozialstaats

Darin war ernsthaft der Vorschlag enthalten, Zuständigkeiten und Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen im öffentlichen Dienst zugunsten der „Erwirtschaftung“ von – sage und schreibe – bis zu 1000 Stellen anzugehen.

Mitbestimmung der Beschäftigten hat die Prosperität Deutschlands über Jahrzehnte hinweg positiv beeinflusst. Mitbestimmung – in welcher abgestuften Ausmaß auch immer – ist ein Grundpfeiler der Wirtschafts- und Sozialordnung in unserem Land gewesen.

Nur die stockreaktionärsten Vertreterinnen und Vertreter des Unternehmerlagers konnten sich damit nicht abfinden. Mitbestimmung von Betriebs- und Personalräten machte einen wesentlichen Teil des Sozialstaats deutscher Prägung aus. Erst jetzt, wo der Sozialstaat ohnehin an allen Ecken und Enden zum Abbruch freigegeben ist, wo Arbeitszeiten verlängert, Kündigungsschutz abgebaut, Feiertage gestrichen und die Arbeitgeber von der paritätischen Finanzierung von Versicherungsleistungen befreit werden sollen, wird auch an der Mitbestimmung gerüttelt.

Was auf die Veröffentlichung des Gabriel-Papiers folgte, war absehbar: Heftige Proteste der Gewerkschaften, von Personalvertretungen und Beschäftigten. Kein Wunder. Denn viel ist aus den Landesbediensteten nach den Raubzügen der letzten Jahre nicht mehr herauszuholen. Und Freistellungen bei der Personalvertretung sind für eine effektive Mitbestimmung unerlässlich.

Geradezu drängte sich der Eindruck auf: Der Umbau des gesellschaftlichen und sozialen Systems ist mit der „Agenda 2010“ zunächst auf nationaler Ebene in die Wege geleitet worden. Sollte dieser Systemwechsel der Sozialdemokratie nun auch auf Länderebene vorangetrieben und auf eine neue Stufe gehoben, im Politjargon „heruntergebrochen“ werden?

Dass die SPD-Landtagsfraktion von Gabriels Plänen in Sachen Personalvertretung schließlich deutlich abgerückt ist, läßt Hoffnung aufkommen. Mitbestimmungsrechte abzuschaffen, sei von ihr politisch nicht gewollt, lautete die unmissverständliche Entscheidung der Fraktion. Vernunft statt provozierter Konfrontation ist auf jeden Fall zu begrüßen.